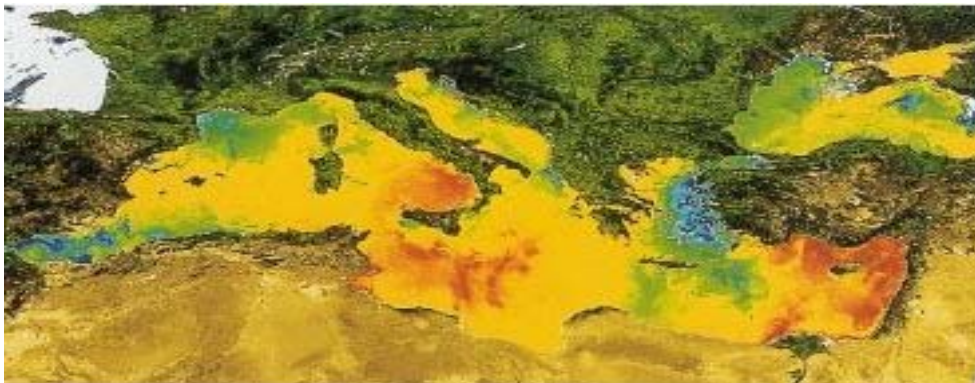




PARTNERSCHAFT EUROPA-MITTELMEER

ÄGYPTEN

**Nationales Richtprogramm
2005-2006**



I. ZUSAMMENFASSUNG

1. EINFÜHRUNG

Grundlagen der Programmierung für 2005-2006 sind das Länderstrategiepapier (LSP) der Kommission für 2002-2006 sowie der neue politische Rahmen wie beispielsweise die Neue Nachbarschaftspolitik. Bei den Prioritäten der neuen Programmierung wurden die Reformagenda der ägyptischen Behörden, die Fortschritte beim Assoziierungsabkommen und die durch die frühere Zusammenarbeit gewonnenen Erfahrungen berücksichtigt. Da der Zeitpunkt der Halbzeitüberprüfung des LSP mit der Programmierung für 2005-2006 zusammenfiel, wurde beschlossen, die Anpassungen des LSP direkt in das Nationale Richtprogramm (NRP) für 2005-2006 einfließen zu lassen. Daher gilt das LSP 2002-2006, das die Empfehlungen der Halbzeitüberprüfung berücksichtigt, auch für den Zeitraum 2005-2006.

2. LEITLINIEN DES LÄNDERSTRATEGIEPAPIERS UND DES NIP 2002-2004

Das im Jahr 2001 angenommene Länderstrategiepapier (LSP) für Ägypten lieferte den strategischen Rahmen für die EU-Zusammenarbeit im Zeitraum 2002-2006. Die Hauptziele der EU-Unterstützung und die vorrangigen Bereiche sind:

- die Förderung der effektiven Umsetzung des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Ägypten, das jetzt von den ägyptischen Behörden ratifiziert wurde (Schwerpunkt auf der Unterstützung für die ägyptischen Unternehmen, die sich der Wettbewerbs herausforderung auf den internen und externen Märkten stellen).
- die Aufrechterhaltung des Prozesses des wirtschaftlichen Übergangs (von einer zentralen Planwirtschaft zu einer liberalisierten Marktwirtschaft, die Wachstum und Beschäftigung schafft).
- die Unterstützung der Stabilität durch eine ausgeglichene und nachhaltige sozioökonomische Entwicklung (Abstimmung der wirtschaftlichen Liberalisierung auf die soziale Reform, verantwortungsvolle Staatsführung, Rechtsstaatlichkeit, Beteiligung der Zivilgesellschaft, Umweltschutz).

Auf der Grundlage eines veranschlagten Gesamtbudgets von 351 Mio. € hat das Nationale Richtprogramm für den Zeitraum 2002-2004, das dem LSP beigelegt ist, diese allgemeinen Prioritäten in insgesamt acht Programme für den Zeitraum 2002-2004 umgesetzt. Sie decken die folgenden Bereiche ab:

- Maßnahme zur Förderung des Assoziierungsabkommens.
- Programm zur Verstärkung des Handels.
- Zusammenarbeit des Finanz- und Investitionssektors.
- Reform der technischen Ausbildung und der Berufsausbildung.
- Integriertes lokales Entwicklungsprogramm (Süd-Sinai).
- Umstrukturierung der Spinn- und Webindustrie.
- Unterstützung für die gesellschaftliche Entwicklung und für die Zivilgesellschaft.
- Hochschulbildung: Beteiligung an Tempus.

Das NIP 2002-2004 hat Ägypten bereits die Möglichkeit eröffnet, Fortschritte in Richtung gemeinsamer Ziele zu erreichen. Die künftige Herausforderung für Ägypten und die EU besteht jedoch darin, das Assoziierungsabkommen zu einem Instrument für die Unterstützung der Wirtschafts- und Gesetzesreformen Ägyptens zu machen.

3. HALBZEITÜBERPRÜFUNG

3.1 Einleitung

Länderstrategiepapiere (LSP) sollen als ein Instrument zur Anleitung, Verwaltung und Überprüfung von EU-Unterstützungsprogrammen dienen. Sie sind wesentliche Verwaltungsinstrumente, um sicherzustellen, dass die externe Unterstützung die politischen Ziele und Prioritäten der EU reflektiert. Der Abschluss der „ersten Generation“ von LSP/RSP für die MED-Region erfolgte im Dezember 2001.

Im Hinblick auf die ständige Verbesserung der Qualität der LSP hat der Rat im März 2003 Schlussfolgerungen zur Verwendung des Standardrahmens für LSP angenommen¹. In diesen Schlussfolgerungen fordert der Rat die Kommission auf, eine Halbzeitüberprüfung (Mid Term Review - MTR) für jedes LSP gemäß den bestehenden Vorschriften durchzuführen, und legt Schlüsselleitlinien für die LSP-Überprüfung fest. Vier Parameter wurden als grundlegende Referenzpunkte für das Überprüfungsverfahren identifiziert: (i) neue Entwicklungen im Land, (ii) neue politische Ziele und Verpflichtungen der EG/EU, (iii) Ergebnisse und Leistungsfähigkeit und (iv) gezogene Lehren und potenzielle Verbesserung.

Bezüglich der MED-Region ist die allgemeine Schlussfolgerung, dass eine umfassende Überprüfung nicht erforderlich ist, angesichts des ziemlich allgemeinen Inhalts des LSP/RSP 2002-2006 und ihrer erst kürzlich erfolgten Annahme. Geringere Änderungen an den LSP/RSP beziehen sich auf bereits identifizierte Sektoren, die den neuen politischen Zielen und Verpflichtungen der EU/EG entsprechen (*siehe infra*). Da die MTR mit der Programmierung für 2005-2006 zusammenfällt, wurde beschlossen, die LSP-/RSP-Anpassungen in die nationalen/regionalen Richtprogramme einfließen zu lassen.

3.2 Gesamtkontext des Landes seit 2001

Das wirtschaftliche Reform- und Strukturanpassungsprogramm, das im Jahre 1991 gestartet wurde, bewirkte makroökonomische Stabilität, höhere Wachstumsraten und Fortschritte an der strukturellen Front während der neunziger Jahre. Seit Ende der neunziger Jahre jedoch beeinflusste eine Kombination von externen Schocks und schwachen Politiken die wirtschaftliche Gesamtentwicklung. Das BIP-Wachstum verlangsamte sich auf ungefähr 3,5% im Jahre 2000/2001 und weiter auf 2% im Jahre 2001/02, gleichzeitig wuchs die Bevölkerung um 1,9% pro Jahr.

Eine leichte Erholung der Erwerbstätigkeit, mit realem BIP-Wachstum von ungefähr 3%, wird für die Jahre 2002/03 erwartet. Während die wirtschaftlichen Kosten des Krieges im Irak auf 1% des BIP geschätzt werden, konnte sich das Wachstum im Jahre 2002/03 auf eine leichte Erholung der Exporte nach der Wertminderung des ägyptischen Pfunds seit seiner Freigabe im Januar 2003, höheren Ölpreisen und der starken Leistung des Dienstleistungssektors (Tourismus- und Suezkanal-Einkommen) stützen. Zusammen mit Verwaltungsbeschränkungen der Einfuhren des öffentlichen Sektors und der Schwierigkeit des Zugangs zu ausländischer Währung, trug dies zur Senkung des starken Handelsdefizits

¹ Schlussfolgerungen des Rates zum Fortschrittsbericht über die Umsetzung des Standardrahmens für die Länderstrategiepapiere, angenommen vom Rat Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen am 18. März 2003.

Ägyptens (auf ungefähr 8% des BIP) und zur Entstehung eines Leistungsbilanzüberschusses von 2,4% des BIP bei.

Andererseits blieb die Inlandsnachfrage nach Investitionen und der private Haushaltskonsum auf niedrigem Niveau und nahm weiter ab. Die starke Geldentwertung trug auch zu einem Anstieg der Inflation im Jahre 2003 bei und verschlechterte den allgemeinen Lebensstandard. Probleme des Zugangs zu ausländischer Währung dauerten nach der Freigabe an, wie sich noch Anfang 2004 an der Existenz eines parallelen Marktes zeigt. Die finanzwirtschaftliche Position Ägyptens hat sich während der letzten 5 Jahre stetig verschlechtert, obwohl sich das Tempo der Verschlechterung in letzter Zeit verlangsamt. Das allgemeine Regierungsdefizit erhöhte sich auf ungefähr 3,3% des BIP, Subventionen ausgenommen (die 7% des BIP entsprechen, auf dem zuverlässigeren Niveau des zentralen Haushalts). Die Finanzierung des Defizits wurde hauptsächlich vom einheimischen Banksektor in der Größenordnung von 5-6% des BIP gewährleistet, was möglicherweise Auswirkungen auf den Privatsektor haben könnte.

Die sozialen Bedingungen verbessern sich konstant, aber Ägypten reiht sich noch immer als 120. von 175 Ländern gemäß den menschlichen Entwicklungsindikatoren des UNDP von 2003 ein. Die Fähigkeit zu lesen und zu schreiben ist mit nur 56% innerhalb der Bevölkerung niedrig. Von 1990-2001 lebten 44% der Bevölkerung mit weniger als 2 USD pro Tag, obwohl, gemäß der nationalen Armutsgrenze, der Anteil von Armut betroffener Personen mit 17%, niedriger ist. Im oberen Ägypten ist die Armut besonders akut. Die Arbeitsmarktbedingungen haben sich in den letzten Jahren verschlechtert, da die Wachstumsleistung Ägyptens unterhalb des Potentials blieb. Die offizielle Arbeitslosigkeit stieg im Jahre 2002/03 auf 9,9% , ausgehend von 9,0% im letzten Finanzjahr. Zusätzlich üben jährlich ungefähr 500.000-700.000 neue Arbeitsuchende Druck auf die Arbeitslosenzahlen aus. Es wird davon ausgegangen, dass jährliche Wachstumsraten von mindestens 5-6% notwendig sind um die Arbeitsplatzbeschaffung zu untermauern und die Lebensstandards zu verbessern. Hier ist anzumerken, dass die Unterschiede sogar höher sind, wenn Frauen auf dem Spiel stehen.

Wichtige Herausforderungen bleiben für zukünftiges Wirtschaftswachstum und soziale Verbesserungen. Das Wachstum könnte sich im Jahre 2003/2004 auf 3-4% erhöhen, gestützt durch die zunehmende Wettbewerbsfähigkeit der Export- und Dienstleistungssektoren im Zuge der Nachwirkungen der Währungsabwertung, sowie durch die starke Nachfrage des öffentlichen Sektors. Eine substantiellere und nachhaltigere Erholung, die eine Nachfrage im Inland und den non-oil Sektor umfasst und eine signifikantere Verbesserung der Lebensstandards bewerkstelligt, erfordert jedoch konsequente und einheitliche Reformen.

Ägypten sollte insbesondere einen makroökonomischen Rahmen erstellen, um die Währungsschwankungen und die Einführung eines neuen Währungssystems zu tragen und strukturelle Reformen, vor allem im Bereich der Privatwirtschaft, zu vermehren. Auf finanzieller Seite kann die Durchführung einer Handelsliberalisierung im Rahmen des EU-Ägypten Kooperationsabkommens Maßnahmen erfordern um den Verlust von Zolleinnahmen zu kompensieren. Auch die Förderung von Produktivität sowie von menschlichem Kapital und Infrastruktur sind von entscheidender Bedeutung, um hohes und nachhaltiges Wachstum zu erzielen. Aufmerksamkeit sollte auch der Armutsreduzierung und der Arbeitsplatzschaffung gewidmet werden, um zu gewährleisten, dass die ägyptische Bevölkerung von höherem Wirtschaftswachstum profitiert. Ägypten hat schon größere Reformen in der medizinischen Grundversorgung und im System der Grundschulausbildung

lanciert, und soziale Entwicklung ist fest auf der politischen Tagesordnung. Dieses politische Besorgnis muss jedoch noch in eine einheitliche soziale Entwicklungsstrategie übertragen werden.

Auf dem Gebiet des regionalen Dialogs und der sub-regionalen Zusammenarbeit begrüßte die EU die Schlussfolgerung und Paraphierung in Amman im Januar 2003 des Abkommens von Agadir, das bis 2006 Freihandel zwischen Jordanien, Marokko, Tunesien und Ägypten als einen wichtigen Schritt hin zur Schaffung einer Euro-Mittelmeerfreihandelszone vorsieht. Das Inkrafttreten dieses Abkommens wird die Süd-Süd-Dimension der Euro-Mittelmeerpartnerschaft verstärken.

3.3 Neue EU-Politiken/Initiativen

Im Zeitraum 2002-2003 wurde eine Reihe politischer Leitlinien von der Kommission angenommen, die sich in naher Zukunft auf unsere Beziehungen mit den Mittelmeerpartnern auswirken werden. Vor allem die Mitteilung zum Thema "*Größeres Europa und der neue Rahmen für die Beziehungen der EU zu ihren östlichen und südlichen Nachbarn*" stellt einen neuen Rahmen für die Beziehungen mit den südlichen Mittelmeerländern in den kommenden zehn Jahren auf. In der Mitteilung wird auf die zunehmende gegenseitige Abhängigkeit zwischen der EU und ihren benachbarten Partnern in Bezug auf Stabilität, Sicherheit und nachhaltige Entwicklung hingewiesen. Im Rahmen der vorgeschlagenen **neuen Nachbarschaftspolitik** wird in der Mitteilung vorgeschlagen, dass die EU sich im kommenden Jahrzehnt das Ziel setzen sollte, partnerschaftlich mit seinen südlichen Nachbarn zusammenzuarbeiten, um eine Zone des Wohlstands und der guten Nachbarschaft - eines "Ringes befreundeter Staaten" - zu entwickeln, mit denen die EU enge, friedliche und kooperative Beziehungen unterhält. Diese neue Politik zielt darauf ab, auf dem Rahmen der Zusammenarbeit, der durch das Assoziierungsabkommen bereitgestellt wird, aufzubauen, mit dem Ziel der Stärkung unserer Partnerschaft und der Heranführung unserer Nachbarn an die EU. Im Gegenzug zu nachgewiesenen konkreten Fortschritten bei der Verwirklichung der gemeinsamen Werte und der effektiven Umsetzung politischer, wirtschaftlicher und institutioneller Reformen kann allen Nachbarstaaten die Aussicht auf Teilnahme am Binnenmarkt der EU geboten werden. Die neue Nachbarschaftspolitik erweitert und entwickelt den Inhalt der spezifischen Ziele, die in den Bestimmungen des Assoziierungsabkommens enthalten sind, und könnte den Weg für eine weitere Integration und Liberalisierung zur Förderung der Freizügigkeit und des freien Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs (vier Freiheiten) ebnen. Zusätzlich sind die Länder des südlichen Mittelmeerraums dazu eingeladen, sich bis 2006 aktiv an den in Vorbereitung befindlichen MEDA Nachbarschaftsprogrammen zu beteiligen, die die Bedeutung von grenzüberschreitender Zusammenarbeit den EU-Mitgliedstaaten im Mittelmeerraum stärken sollen.

Andere relevante politische Leitlinien umfassen Folgendes: technische Hilfe für den Handel und die Doha-Runde, JAI-bezogene Themen, besseres Regieren, Menschenrechte und Demokratisierung in der MED-Region und Umweltinitiativen, die auf dem Gipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg vereinbart wurden.

Die Einleitung der neuen WTO-Runde - **die Doha-Entwicklungsagenda** - umfasst sowohl weitere Marktöffnungen als auch den zusätzlichen Erlass von Vorschriften, untermauert durch Verpflichtungen zur Verstärkung der Hilfe beim Kapazitätsaufbau in Entwicklungsländern. Das Hauptziel der neuen Runde besteht in der Unterstützung der Integration der

Entwicklungsländer in das Welthandelssystem auf eine Art und Weise, die ihnen bei der Bekämpfung der Armut helfen wird.

Im Rahmen der Schlussfolgerungen des Rats von Tampere (1999), Santa Maria da Feira (2000) und Sevilla (2002) wurde eine gemeinsame Politik in Bezug auf die Integration von Fragen im Bereich **Justiz und Inneres** in die Außenpolitik der EU definiert. Der in Valencia (2002) angenommene Aktionsplan lieferte zusätzlich zu der Barcelona-Erklärung weitere Leitlinien für eine verstärkte Zusammenarbeit in der MED-Region in drei Hauptsektoren: Migration, Reform der Justiz und Bekämpfung der Kriminalität.

Besseres Regieren, Förderung der **Demokratie** und Achtung der **Menschenrechte** stellen Kernziele der Außenpolitiken der EU dar. In Übereinstimmung mit den Schlussfolgerungen im UNDP-Bericht über menschliche Entwicklung in der arabischen Welt 2002 hat die Kommission kürzlich die Mitteilung "*Intensivierung der EU-Maßnahmen für die Mittelmeer-Partnerländer in den Bereichen Menschenrechte und Demokratisierung*" angenommen, die darauf abzielt, die Effizienz der Instrumente zu maximieren, die der EU und ihren Mittelmeer-Partnerländern in den Bereichen Menschenrechte und Demokratie zur Verfügung stehen. In der Mitteilung sind Arbeitsleitlinien zur Förderung der Menschenrechte und Grundfreiheiten in Zusammenarbeit mit den Mittelmeer-Partnerländern aufgeführt. Sie macht 10 konkrete Empfehlungen zur Verbesserung des politischen Dialogs zwischen der EU und ihren Mittelmeer-Partnern und schlägt finanzielle Zusammenarbeit durch die EU bei Menschenrechtsfragen vor. Die Wirksamkeit der Umsetzung wird durch drei sich gegenseitig ergänzende Ebenen gestärkt: politischer Dialog und Finanzhilfe, MEDA-Programm und Hilfe im Rahmen der Europäischen Initiative für Demokratie und Menschenrechte (EIDMR) sowie durch die nationale und die regionale Dimension.

Eine allgemeine Verpflichtung zur **nachhaltigen Entwicklung** wurde auf dem Gipfel von Johannesburg wiederholt durch ein ehrgeiziges maßnahmenorientiertes Programm mit klaren und messbaren Zielen, das die zunehmende Bedeutung von **Umweltfragen** beim Erreichen der Millennium-Entwicklungsziele demonstriert. Die Schlüsselbereiche für die EU-Maßnahme sind Wasser und Energie. In Johannesburg leitete die EU zwei Partnerschaften ein, eine zu Wasser und Sanitäreinrichtungen und eine zu Energie für die Armen. Die **EU-Wasserinitiative** ("Water for Life") wird zur Koordinierung der vorhandenen Finanzierungsmechanismen mit einem Schwerpunkt auf drei Parametern beitragen: Versorgung, Sanitäreinrichtungen und integrierte Ressourcenverwaltung. Derzeit wird ein konkretes Follow-up für die Mittelmeerländer im Rahmen des vorhandenen Finanzierungsinstruments (MEDA) erwartet. Die Programmierung für 2005-2006 sieht eine spezifische Maßnahme im Umweltsektor vor, die insbesondere mit der Wasserreform in Ägypten verbunden ist.

Auf der Grundlage der oben aufgeführten Erwägungen kann gesagt werden, dass die neuen EU-Politiken in der Programmierung für 2005-2006 berücksichtigt wurden und dass alle erwähnten Bereiche im Länderstrategiepapier 2002-2006 abgedeckt sind.

3.4 Ergebnisse und Schwächen/gezogene Lehren/Verbesserungen

Im Jahr 2003 wurde eine Bewertung der Länderstrategie der Europäischen Kommission für Ägypten vorgenommen. Das Ziel dieser Bewertung bestand darin, Schlüsselergebnisse und gezogene Lehren aus der früheren und derzeitigen Unterstützung der Europäischen

Kommission für Ägypten zu liefern. Der Bericht bewertete die EG-Strategie von 1996 bis 2006 und die entsprechenden nationalen Richtprogramme.

Die Bewertung bestand aus:

- der Identifikation der Ziele der EG-Strategie in Bezug auf Ägypten.
- der Rekonstruktion der Logik der EG-Intervention.
- dem Aufwerfen der wichtigsten Fragen in Bezug auf die Umsetzungsstrategie.
- dem Sammeln von Informationen zu den Programmen und der Projektumsetzung.
- der Beantwortung von Fragen durch die Messung des Erfolgsgrads der Strategie.

Die EG-Strategie war allgemein insofern relevant für die Ziele der ägyptischen Regierung, als die EG Maßnahmen unterstützt hat, die die wirtschaftliche, soziale und politische Stabilität aufrechterhalten haben. Ein Haupthindernis für den Erfolg der EG-Aktivitäten war die mangelnde allgemeine Reformbereitschaft in Ägypten sowie die geringe Aufnahmefähigkeit für große Programme. Es wurde eine Reihe von Lehren gezogen und seit der Dezentralisierung der EU-Unterstützung für Ägypten haben sich der Dialog und die Beratung mit den ägyptischen Beteiligten erheblich verbessert und zum Entwurf zielgerichteter Aktivitäten geführt. Darüber hinaus gab es eine Verbesserung in der gesamten Geberkoordinierung der EG und der Mitgliedstaaten, die jetzt effektiver zielgerichtet ist und messbare Ergebnisse hat.

Die EG hat das schrittweise und allmähliche kurzfristige Ziel der ägyptischen Regierung gefördert, Stabilität durch die Unterstützung bei der Schaffung von Arbeitsplätzen und gemäßigte Reformen zu erreichen.. Die EG hat außerdem die Privatwirtschaft unterstützt.

Somit muss die EG beim Blick in die Zukunft grundlegend überlegen, ob sie eine proaktivere Unterstützung für dynamischere wirtschaftliche, soziale und politische Reform in Ägypten bereitstellen sollte.

Die EG hat bisher einige wertvolle „Bottom-up“-Unterstützung für die Entwicklung des Privatsektors bereitgestellt, aber die Hauptverantwortung hinsichtlich der Unterstützung der Wirtschaftsreform war das Assoziierungsabkommen, das über das Potenzial verfügt, als Katalysator für eine umfassendere Wirtschafts- und Handelsreform zu fungieren.

Die Förderung einer ausgewogenen sozialen Entwicklung und eines ausgewogenen Sozialschutzes sind ein wesentlicher Bestandteil des Assoziierungsabkommens. In dem Bewertungsbericht wird empfohlen, dass die künftige EG-Unterstützung für Ägypten eine klare Palette von Zielen zur Unterstützung der sozialen Entwicklung besser definiert und Programme mit einem Schwerpunkt auf der politischen Reform entwickelt.

Hinsichtlich des strategischen Ziels der Demokratie, Menschenrechte und des Aufbaus der Zivilgesellschaft empfiehlt der Bewertungsbericht, dass die Intervention der EG den Dialog mit der ägyptischen Regierung, in enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten, verstärken sollte. Darüber hinaus sollten die Menschenrechte, das Regieren und die Demokratie in die künftige Programmierung integriert werden.

4. FORTSCHRITT DES ASSOZIIERUNGSABKOMMENS

Das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Ägypten wurde im Juni 2001 unterzeichnet und wurde am 7. April 2003 vom ägyptischen Parlament ratifiziert. Das Assoziierungsabkommen wird voraussichtlich im Jahr 2004 nach der Ratifizierung durch die Mitgliedstaaten in Kraft treten. Bis zum Abschluss der für das Inkrafttreten des Assoziierungsabkommens erforderlichen Verfahren haben die Europäische Gemeinschaft und Ägypten beschlossen, die Handels- und handelsbezogenen Bestimmungen des Assoziierungsabkommens ab Januar 2004 vorläufig anzuwenden.

5. PRIORITÄTEN DES NIP FÜR 2005-2006

Die globale Zuweisung für Ägypten hierfür beträgt 243 Mio. €.

Das Nationale Richtprogramm (NRP) für 2005-2006 stellt eine Ergänzung zu den früheren NRP dar. Das Länderstrategiepapier 2002-2006 und aktuelle politische Entwicklungen liefern den strategischen Rahmen für eine finanzielle Zusammenarbeit mit Ägypten. Diese Entwicklungen betreffen insbesondere die neue Mitteilung der Europäischen Kommission zur "Neuen Nachbarschaftspolitik (Größeres Europa)", den UNDP-Bericht über menschliche Entwicklung in der arabischen Welt, den Bericht der Weltbank über besseres Regieren im Mittleren Osten und in Nordafrika, die Mitteilung der Europäischen Kommission zur "Stärkung der Menschenrechte und Demokratie" in MEDA-Ländern, die Themen Migration sowie Justiz und Inneres, die Ergebnisse der Doha-Agenda zu nachhaltiger Entwicklung und den Gipfel von Johannesburg zu Umweltthemen.

5.1 FEMIP (EIB)

Darüber hinaus hat die EIB im Rahmen des Barcelona-Prozesses ihre finanzielle Partnerschaft mit den Mittelmeerpartnerländern (MPL) durch die Schaffung eines spezialisierten Instruments, der Investitions- und Partnerschaftsfazilität Europa-Mittelmeer (FEMIP - Oktober 2002), verstärkt. Ende 2003 wurde beschlossen, die FEMIP durch das Hinzufügen neuer Finanzinstrumente und die Änderung einiger organisatorischer Merkmale zu verstärken, um die Aktivitäten zugunsten des Privatsektors und die Zusammenarbeit mit den Partnerländern zu erhöhen.

Im Rahmen der FEMIP wird sich der jährliche Umfang der EIB-Darlehen in allen Partnerländern schrittweise von 1,4 Milliarden € auf zwei Milliarden €, im Jahr 2006, erhöhen. Mit diesen Mitteln soll eine stark erweiterte Maßnahmenpalette mit einer Priorität für die Entwicklung des Privatsektors unterstützt werden. Von besonderer Bedeutung sind die Projekte in den Bereichen Umwelt und Humankapital und die Projekte, die von gemeinsamem Interesse für die Union und die Mittelmeerpartnerländer sind oder die "Süd-Süd"-Zusammenarbeit verstärken. Die Finanzierung aus eigenen Mitteln wird durch EU-Haushaltsmittel für technische Hilfe sowohl upstream als auch downstream ergänzt. Das wird bei der Vorbereitung und Umsetzung von Investitionsprojekten helfen. Darüber hinaus nutzt die EIB weiterhin beträchtliche Summen an Risikokapitalmitteln für die Entwicklung des Privatsektors.

Unter diesen Prioritäten haben die EIB und die Kommission spezifische Ziele beschlossen in Bezug auf:

- die Reduzierung der negativen Auswirkungen der menschlichen Aktivität auf die Umwelt.
- die Angleichung von Umweltnormen an internationale Vereinbarungen und Verträge (europäische Richtlinien, Kyoto usw.).
- die Entwicklung des Privatsektors

In diesen Bereichen können EIB-Darlehen aus eigenen Mitteln durch Zinssatzvergünstigungen unterstützt werden (die durch EU-Haushaltsmittel finanziert werden).

II. INHALT DES NATIONALEN RICHTPROGRAMMS

Es besteht ein starkes Interesse in Ägypten, Wirtschafts- und Sozialreformen zu verfolgen, um ehrgeizigere Ziele in der Partnerschaft mit der Europäischen Gemeinschaft zu erreichen.

In diesem Zusammenhang spielt die finanzielle Zusammenarbeit zwischen der EG und Ägypten eine wichtige Rolle bei der Unterstützung von Aktivitäten, die zum Erreichen unserer gemeinsamen Ziele beitragen. Die Liberalisierung der Rechtsvorschriften und die Gesetzesreform, die von den Bestimmungen des jüngsten Assoziierungsabkommens gefordert werden, müssen sorgfältig verfolgt werden, da ein freundliches Umfeld für Investitionen und Handel eine Voraussetzung für eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung ist. Darüber hinaus werden die Fertigkeiten der ägyptischen Erwerbsbevölkerung davon profitieren, dass ihre technologische Leistungsfähigkeit verbessert wird, indem zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der Industriesektoren beigetragen wird, die auf europäischer und internationaler Ebene konkurrieren müssen. Die EU kann Ägypten schrittweise einen besseren Zugang zum Europäischen Forschungsraum im Zusammenhang mit der Neuen Nachbarschaftspolitik durch das 6. Forschungsentwicklungs- und Technologieprogramm (FTE) anbieten. Eine aus technologischer Sicht besser ausgestattete Industrie wird zusammen mit einem freundlicheren Gesetzesumfeld attraktiver für ausländische Investitionen sein. Die Grundlagenforschung sollte nicht vernachlässigt werden, und insbesondere ihre Anwendungen für den Industriesektor.

Die wirtschaftliche Entwicklung kann jedoch nicht erfolgreich sein, wenn sie nicht von Nutzen für die ägyptische Bevölkerung ist. Dies kann nur durch eine nationale Strategie zur Reduzierung der Armut und Schaffung von Arbeitsplätzen erreicht werden.

Schließlich werden all diese Anstrengungen nur dann zu den geforderten Ergebnissen führen, wenn die politische Reform mit Entschlossenheit vorangebracht wird. Es ist unmöglich, ohne die vollständige Beteiligung von Frauen und Jugendlichen am wirtschaftlichen und politischen Leben des Landes eine Wohlstandsgesellschaft zu erhalten. Dies erfordert die Achtung demokratischer Prinzipien und grundlegender Menschenrechte, niedergeschrieben in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, in sozialen und wirtschaftlichen Bereichen.

Unter Berücksichtigung all dieser Elemente hat die Kommission in Konsultation mit den ägyptischen Behörden die folgenden Prioritätssektoren für künftige finanzielle Unterstützung der EG ermittelt.

Priorität 1: Unterstützung bei der Vorbereitung der neuen

Nachbarschaftspolitik/Förderung des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Ägypten

- Unterstützung für das Assoziierungsabkommen.
- Unterstützung für die Sektor-Reformfazilität.

Priorität 2: Unterstützung für den Prozess des wirtschaftlichen Übergangs

- Unterstützung für die Reform des Wassersektors.
- Entwicklung von Forschung und Innovation.
- Tempus (Ausweitung des Programms).

Priorität 3: Unterstützung der nachhaltigen sozio-ökonomischen Entwicklung

- Unterstützung für Sozialreformen.
- Reform des Gesundheitssektors.
- Unterstützung für Demokratisierung, Menschenrechte, Zivilgesellschaft, verantwortungsvolle Staatsführung.

1. PRIORITÄT I - UNTERSTÜTZUNG BEI DER VORBEREITUNG DER NEUEN NACHBARSCHAFTSPOLITIK / FÖRDERUNG DES ASSOZIIERUNGSABKOMMENS ZWISCHEN DER EU UND ÄGYPTEN

Zusammenhang und Begründung der Priorität

Ein zentrales Ziel des Länderstrategiepapiers 2002-2006 ist die Förderung der Umsetzung des Assoziierungsabkommens (AA) zwischen der EU und Ägypten, das jetzt vom ägyptischen Parlament ratifiziert worden ist. Dies beinhaltet die Modernisierung des gesetzlichen, institutionellen und rechtlichen Rahmens sowie die Einrichtung und/oder Stärkung von Institutionen, die an der Umsetzung des AA beteiligt sind. Es ist ein Kerninteresse der EU und Ägyptens, diesen Prozess voranzubringen.

Um die erfolgreiche Umsetzung des Assoziierungsabkommens zu erleichtern, ist daher eine Reihe von Anpassungen notwendig. Die Rolle der relevanten öffentlichen Behörden als Handelserleichterer muss verstärkt werden und die ihnen zur Verfügung stehenden Instrumente müssen verbessert werden, um die Unternehmen bei ihren Handelstätigkeiten zu unterstützen. Es sollte ein Umfeld geschaffen werden, das einen stärkeren und faireren Handel begünstigt. Sowohl die Exporte als auch die Importe müssen von Mechanismen profitieren, die mehr Dynamik schaffen und die Handelsflüsse fördern sollen.

Die Unterstützung der Europäischen Gemeinschaft muss in Form von finanzieller und technischer Hilfe erfolgen, insbesondere:

- Ein integriertes "Projekt für technische Hilfe".
- Eine "Sektor-Reformfazilität".

1.1 Die Maßnahmen im Bereich technische Hilfe

a) Begründung

Das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Ägypten wurde am 7. April 2003 vom ägyptischen Parlament ratifiziert und wird im Jahr 2004 in Kraft treten. Bis zum Abschluss der für das Inkrafttreten des AA erforderlichen Verfahren haben die Europäische Gemeinschaft und Ägypten beschlossen, die Handels- und handelsbezogenen Bestimmungen des AA ab Januar 2004 vorläufig anzuwenden. Parallel dazu hat Ägypten im Mai 2001 zusammen Jordanien, Marokko und Tunesien beschlossen, eine regionale Freihandelszone zu schaffen ("Agadir"-Prozess).

Neben strengen Handelsverpflichtungen bringt das Assoziierungsabkommen eine umfangreiche Verbesserung der Gesetzgebung und des rechtlichen Rahmens sowie die Einrichtung und/oder Stärkung von Institutionen, die an der Umsetzung des AA beteiligt sind, mit sich. Es ist ein Kerninteresse der EU und Ägyptens, diesen Prozess umzusetzen und aufrechtzuerhalten. Dies muss spezifischer innerhalb von zwölf Jahren nach dem Inkrafttreten des AA zu einer Freihandelszone zwischen den Partnerländern führen, die die **handelsbezogenen Aspekte** des AA wie die Liberalisierung von Dienstleistungen und das Niederlassungsrecht, die Vorschriften zum Wettbewerb und zu staatlicher Beihilfe, den Schutz von geistigem Eigentum sowie öffentliches Auftragswesen sicherstellt.

Darüber hinaus bezieht sich das AA unter dem Kapitel **wirtschaftliche Zusammenarbeit** auf eine Reihe von Bereichen. Diese umfassen Bildung und Ausbildung; wissenschaftliche, technische und technologische Zusammenarbeit; Umwelt; industrielle Zusammenarbeit; Förderung und Schutz von Investitionen, Normung und Konformitätsbeurteilung; Annäherung der Gesetzgebung; Finanzdienstleistungen; Landwirtschaft und Fischerei; Verkehr; Informationsgesellschaft und Telekommunikation; Energie; Tourismus; Zoll; Zusammenarbeit im Statistikbereich; Geldwäsche und Drogenbekämpfung. Auch die **Zusammenarbeit zu sozialen und kulturellen** Angelegenheiten wird ermöglicht.

b) Spezifische Ziele

Das spezifische Ziel des Programms besteht darin, die betreffenden öffentlichen Einrichtungen Ägyptens durch die Umsetzung des Assoziierungsabkommens bei der Vorbereitung und Umsetzung gesetzlicher, administrativer und institutioneller Maßnahmen zu unterstützen, um umfassend von den Vorteilen des Abkommens zu profitieren im Hinblick auf:

- Angleichung des gesetzlichen und rechtlichen Rahmens Ägyptens an den der EU ("Acquis Communautaire") um die Implementierung des Assoziierungsabkommens zu erleichtern und den institutionellen und administrativen Rahmen für seine effektive Umsetzung zu stärken.
- Verbesserung der Möglichkeit der ägyptischen Regierung und der nationalen Administration zur Einhaltung der Verpflichtungen des AA zwischen der EU und Ägypten.
- die Erleichterung der Anpassung von Unternehmen an den rechtlichen Rahmen der künftigen Freihandelszone.

c) Beschreibung des Programms

Die Unterstützung für die Umsetzung des Assoziierungsabkommens wird aus kurz- und mittelfristiger technischer Hilfe, Ausbildung, dem Austausch von Know-how mit Kollegen in der EU, einschließlich möglicher Zusammenarbeit mit europäischen Instituten und durch den Austausch von Ausrüstung (Software) bestehen. Vor dem Hintergrund einer verstärkten Politik der EU für eine gute Nachbarschaft wird Partnerschaften besondere Bedeutung zugemessen. Partnerschaften werden die Leistungsfähigkeit der ägyptischen Verwaltungsbehörden durch Partnerschafts-Kooperationsprogramme zwischen den öffentlichen Verwaltungen Ägyptens und denen der EU-Mitgliedstaaten verstärken.

d) Erwartete Ergebnisse

Angesichts der breiten Palette von Maßnahmen muss der Schwerpunkt auf der Ermittlung der Bedürfnisse zusammen mit den ägyptischen Behörden liegen, im Hinblick auf die Verbesserung der Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung bei der Umsetzung des AA. Die im Rahmen dieses Programms vorgesehenen Maßnahmen werden auf der Erfahrung aus früheren EG-finanzierten Programmen und Projekten wie beispielsweise dem Industriemodernisierungsprogramm, dem Programm zur Verstärkung des Handels und der Zusammenarbeit des Finanz- und Investitionssektors aufbauen.

Insbesondere könnten Maßnahmen in den folgenden Bereichen von Interesse sein:

- An der Handelsfront: Fortschritte in Richtung mehr Transparenz und Vereinfachung der technischen Gesetzgebung und Normen und Vereinbarkeit mit internationalen Normen; Stärkung von akkreditierten Prüflabors; Normung und Zertifizierung zur Erleichterung des Warenverkehrs; Verbesserung der Normen der Lebensmittelindustrie in Bezug auf Pflanzenschutzanforderungen für ägyptische Exporte und technische Hilfe beim Eintritt in Nischenmärkte; falls notwendig, Angleichung an die WTO-Vorschriften in diesen Bereichen (Abkommen zu technischen Handelshemmnissen und zu Gesundheits- und Pflanzenschutz); Plan zur Angleichung an die europäischen Systeme. Die Zusammenarbeit im Zollwesen und die Implementierung der EUROMED Ursprungsregeln könnten auch behandelt werden.
- In Bezug auf die Landwirtschaft: Das Wissen zu und das Bewusstsein für GAP-Mechanismen der EG könnte erweitert werden durch die Schaffung einer Anlaufstelle in der relevanten ägyptischen Verwaltung, die die Unternehmen zu Zollkontingenten, Mindestpreisen und allgemeiner zu Konzessionen für Agrar- und weiterverarbeitete Agrarerzeugnisse beraten könnte.
- Im Dienstleistungsbereich: Wo Ägypten Verhandlungen im Rahmen der WTO/des GATS führt, könnte der Schwerpunkt auf die Modalitäten und Sektoren für eine weitere Liberalisierung bilateraler Dienstleistungen gelegt werden, insbesondere auf das Niederlassungsrecht und die Liberalisierung der Erbringung von Dienstleistungen und des Verkehrs.
- Im Wettbewerbsbereich: Umsetzung des neuen Wettbewerbsrechts (derzeit in der Volksversammlung diskutiert). Es wäre vorteilhaft, das gesamte Thema der Wettbewerbsgesetzgebung - und das damit verbundene Thema der staatlichen Beihilfe - bilateral anzugehen, um eine korrekte Umsetzung des AA und dessen reibungsloses Funktionieren zu ermöglichen.
- Die Beschleunigung der Reformen ist in den Energie- und Transportsektoren wesentlich. Für den Energiebereich ist die Reform des Elektrizitätssektors, sowie die Förderung einer

effizienteren Verwaltung der Energienachfrage und die Harmonisierung der Regeln und Standards des Energiesektors mit denen der EU, von besonderer Bedeutung. Bezüglich des Transportsektors werden Reformen aller Transportarten, sowie die Harmonisierung der Standards und auch Schutz- und Sicherheitsmaßnahmen, abdecken müssen.

- Zu geistigem Eigentum: Mechanismen zur Überprüfung der Umsetzung und WTO-Vereinbarkeit des neuen Gesetzes zu geistigem Eigentum von 2002 mit internationalen Abkommen, einschließlich des TRIPS-Übereinkommens (Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums der WTO) sowie der Berner Übereinkunft (Paris-Gesetz 1971) und des Pariser Übereinkommens (Stockholm-Gesetz 1967 zur Verhinderung von Fälschungen bei Patenten, Urheberrechten, Marken, Industriedesign) könnten im Rahmen der Zusammenarbeit/Beratungen unter dem AA betrachtet werden.
- In Bereichen wie wissenschaftlicher, technischer/technologischer und industrieller Zusammenarbeit: Unterstützung für die Einrichtung eines geeigneten rechtlichen Rahmens für die Entwicklung der Informationsgesellschaft (elektronische Kommunikation, E-Commerce usw.) und für die erfolgreiche Teilnahme Ägyptens am Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit unter dem 6. Forschungs- und Entwicklungsrahmenprogramm.
- Der Schwerpunkt könnte auch auf die notwendigen Mechanismen zur Verfolgung der Zusammenarbeit zu sozialen und Einwanderungsangelegenheiten gelegt werden, zum Beispiel auf Fragen im Zusammenhang mit der illegalen Einwanderung (capacity-building, Aufklärungskampagnen, Erleichterung der Integration Rückkehrender in ihre Ursprungsländer und von Arbeitsmigration), auf Fragen im Zusammenhang mit der Grenzverwaltung, der Bekämpfung von Drogenhandel, des Menschenhandels und Maßnahmen zur Kontrolle der Geldwäsche und Korruption. Justizielle Zusammenarbeit, sowohl in zivilen als auch in strafrechtlichen Bereichen, ist ein anderer Bereich, in dem Maßnahmen ergriffen werden könnten.
- Unterstützung bei der Überprüfung, Aktualisierung und der Verstärkung der Gesetzgebung im Zusammenhang mit Demokratisierung und Menschenrechten, insbesondere im Gebiet der Gleichstellung von Männern und Frauen, könnte in Erwägung gezogen werden, um die Bestimmungen internationaler Abkommen und die von den ägyptischen Behörden vorgenommenen Reformen zu erfüllen.
- Beide Parteien müssen der Zusammenarbeit zu kulturellen Angelegenheiten, die den Dialog zwischen den Zivilisationen für deren besseres gegenseitiges Verständnis fördert, ausreichende Aufmerksamkeit schenken.

e) **Indikatoren für die Leistungsfähigkeit**

Allgemein:

- Gesetzgebung und rechtlicher Rahmen, die im Assoziierungsabkommen vorgesehen sind oder mit diesem im Zusammenhang stehen und von der WTO angenommen und angewandt werden.
- Verwaltungsgremien/ Institutionen zur Umsetzung und Überwachung dieser Gesetzgebung sowie geschaffene und operationelle Regelung.
- Ausgebildete und ausgestattete Verwaltung und Justiz zur Umsetzung neuer Gesetze und Regelungen.

f) Veranschlagtes Budget

25 Mio. €.

1.2 Die Sektor-Reformfazilität

a) Begründung

Diese Unterstützung wird es Ägypten erlauben, seine steuerlichen, finanziellen und regulatorischen Reformen zu verfolgen, die Kernthemen des wirtschaftlichen Kapitels der Europa-Mittelmeer-Partnerschaft sind. Ägypten wird die Haushaltskonsolidierung fortsetzen und die politischen Beschränkungen (gesetzlicher und rechtlicher Rahmen einschließlich Steuerpolitik, Handels- und Unternehmensumfeld) überprüfen müssen mit dem Ziel der Verbesserung des Unternehmensumfelds in Ägypten und der Sicherstellung des bestmöglichen Erfolgs bei der Umsetzung des Assoziierungsabkommens.

Die Prioritäten müssen ermittelt werden, indem die laufende EG-Unterstützung berücksichtigt wird, hauptsächlich im Rahmen des "Programms zur Verstärkung des Handels", des "Industriemodernisierungsprogramms" und der Finanz- und Investitionszusammenarbeit.

b) Spezifische Ziele

- Verbesserte Dienstleistungen für den Privatsektor durch erhöhte Effizienz des Finanzsektors.
- Erleichterung einer effektiven Modernisierung des gesetzlichen und rechtlichen Rahmens, in dem die ägyptischen Wirtschaftsbeteiligten tätig sind.
- Reduzierung der Transaktionskosten für die Unternehmen.
- Erhöhung der Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit der ägyptischen Wirtschaft.
- Unterstützung der finanziellen Konsolidierung und der Verbesserung der Effizienz und Qualität öffentlicher Finanzwirtschaften.

c) Beschreibung des Programms

Die von der EG im Rahmen dieses Projekts der zweiten Säule zur Verfügung gestellten Mittel werden zur Unterstützung der Steuer-, Finanz- und Rechtsreformen der Behörden gezahlt, die im Hinblick auf die Verbesserung des Unternehmensumfelds vorbereitet werden.

d) Erwartete Ergebnisse und Indikatoren für die Leistungsfähigkeit

Die erwarteten Ergebnisse und Indikatoren für die Leistungsfähigkeit müssen nach der Analyse der laufenden EG-Projekte im Rahmen des "Programms zur Verstärkung des Handels", des "Industriemodernisierungsprogramms" und der Finanz- und Investitionszusammenarbeit hinzugefügt werden.

e) Veranschlagtes Budget

15 Mio. €.

2. PRIORITÄT II - UNTERSTÜTZUNG FÜR DEN PROZESS DES WIRTSCHAFTLICHEN ÜBERGANGS

2.1 Unterstützung für den Wassersektor

a) Zusammenhang und Begründung

Wie in anderen Ländern in der Region erfordert der zunehmende Wasserverbrauch in Ägypten eine sorgfältige Verwaltung. Das Hauptanliegen besteht in der Verstärkung der Verwaltung der Wasserressourcen und in der Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser, abgewogen gegen die kollidierenden Bedürfnisse der Industrie und der Landwirtschaft. Die ägyptische Regierung hat eine umfassende Reform des Wassersektors in Angriff genommen, die unter anderem auf Folgendes abzielt:

- die Umgestaltung der Rolle des Ministeriums für Wasserressourcen und Bewässerung im Hinblick auf die Förderung der wirtschaftlichen und nachhaltigen Wassernutzung.
- die Förderung einer dezentralisierten Verwaltung auf operationeller Ebene.
- die Bereitstellung eines günstigen Rahmens für die Beteiligung des Privatsektors am Wassersektor.

In Übereinstimmung mit diesen Leitlinien wird ein nationaler Wasserressourcenplan endgültig ausgearbeitet und muss zu einem wichtigen Instrument für die Politik zur Verwaltung der Wasserressourcen werden. Die Dezentralisierung der Wasserverwaltung ist eines der Kernthemen der Reform für die künftige Wasserverwaltung in Ägypten. Aufgrund der Art des Wassersystems mit einer fast einzigen Wasserquelle (dem Fluss Nil) wird die zentrale Wasserverwaltung jedoch weiterhin Bestandteil der gesamten Wasserverwaltung sein. Die Reform umfasst auch die Teilnahme der Beteiligten am dezentralisierten Prozess.

Die Reform befindet sich noch in ihren ersten Entwicklungsschritten und erfordert eine weitere Verbesserung und Integration der Untersektoren (Trinkwasser, Abwasser, Sanitäreinrichtungen, Industrierwasser, Wiederverwendung von Wasser, Wasseraufbereitung usw.), die in den Zuständigkeitsbereich anderer Ministerien fallen.

Die Europäische Kommission schlägt vor, die Reform der Behörden im Wassersektor für mehr Effizienz bei der Verwaltung von Wasserressourcen und/oder Trinkwasser und Sanitäreinrichtungen zu unterstützen.

Der Wassersektor ist von hohem strategischem Interesse für Ägypten und für die Europäische Union im Zusammenhang der "Europäischen Wasserinitiative", die auf dem Gipfel von Johannesburg im Jahr 2002 eingeleitet wurde. Die integrierte Verwaltung von Wasserressourcen ist eine der drei Komponenten der Initiative, die integrierte Verwaltungspläne für Wasserressourcen in allen Ländern bis Ende 2005 vorsieht.

Darüber hinaus hat die Unterstützung für das Nil-Becken, die vor einigen Jahren durch die Weltbank und das UNDP eingeleitet wurde, zur Nil-Becken-Initiative (hauptsächlich durch EU-Mitgliedstaaten finanziell unterstützt) und der Vorbereitung von Aktionsprogrammen in den verschiedenen Teilen des Beckens geführt. Dies ist ein Thema, bei dem die Wasserverwaltung der Eingangspunkt für einen umfassenden Prozess regionaler Integration in all ihren Dimensionen sowie ein wichtiger Fall für den Aufbau von Vertrauen, Frieden und Sicherheit in einer Region ist, in der es viele Turbulenzen gibt. Im Rahmen dieser Initiative

hat die Kommission vorgeschlagen, zusätzliche Finanzierungsmittel für die Unterstützung der grenzüberschreitenden Flussbeckenverwaltung in Afrika bereitzustellen.

b) Spezifische Ziele

- Entwurf einer institutionellen Reform im Hinblick auf einen integrierten, sektorweiten Ansatz für die Wasserverwaltung.
- Erhöhte Kosteneffizienz und optimalere Wassernutzung durch private Beteiligung am Wassersektor.
- Verbesserte Verwaltung der Wasserressourcen unter Berücksichtigung kollidierender Interessen der Wassernutzer.
- Transferprozess von zentral- und durch die Regierung kontrollierter Wasserverwaltung auf allen Ebenen des Versorgungssystems.

c) Beschreibung des Programms

Unter Berücksichtigung der Verpflichtung der ägyptischen Behörden, eine sektorweite institutionelle Reform des Wassersektors vorzunehmen, muss die künftige EG-Unterstützung den nationalen Wasserressourcenplan und allgemeiner die Reformen der Behörden unterstützen, im Hinblick auf die Förderung der wirtschaftlichen und nachhaltigen Wassernutzung, die Förderung einer dezentralisierten Verwaltung auf operationeller Ebene und das Voranbringen der privaten Beteiligung am Wassersektor. Falls rechtzeitig ein bedeutendes Reformpaket erstellt wird, wird die Unterstützung der Kommission in Form einer Haushaltsunterstützungsmaßnahme erfolgen.

Die Reformen müssen auch eine Möglichkeit zur Stärkung wirklich partizipatorischer Methoden einschließlich der Beteiligung der Zivilgesellschaft beinhalten.

Zinsvergünstigungen an die Europäische Investitionsbank (EIB) für im Wassersektor zu definierende Projekte können ebenfalls ins Auge gefasst werden.

d) Erwartete Ergebnisse

- Umsetzung des nationalen Plans.
- Dezentralisierung der Verwaltung.
- Teilnahme der Beteiligten an der Verwaltung der Wasserressourcen.

e) Indikatoren für die Leistungsfähigkeit

- Produktivitätsindikatoren für die Wassernutzung.
- Qualitätsparameter für die Wasserversorgung.
- Anzahl von privaten Unternehmen und Verwaltungssystemen im Wassersektor.
- Umfang von Zolländerungen und ergänzenden Maßnahmen zur Erhöhung der Kosteneffizienz.

f) Bedingungen

Die Kommission wird, nach Absprache mit den ägyptischen Behörden, den angegebenen Betrag anderen Programmen neu zuteilen, falls ein bedeutendes Reformpaket im Wassersektor nicht rechtzeitig für eine Unterstützung zur Verfügung steht.

g) Veranschlagtes Budget

80 Mio. €.

2.2 Forschung, Entwicklung und Innovation

a) Hintergrund und Begründung

Das Länderstrategiepapier 2002-2006 betont, dass eine Innovationskultur von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung von wettbewerbsfähigen Produkten und Dienstleistungen durch die ägyptischen Unternehmen ist. In das Nationale Richtprogramm 2002-2004 wurde kein solches Programm aufgenommen. Im Hinblick auf die Beschleunigung der Umsetzung des Assoziierungsabkommens, und insbesondere bei der Implementierung des Artikel 43 über wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit, bietet die Programmierung eine Gelegenheit, dieses Thema wieder aufzugreifen.

Ein Programm zur Unterstützung der Wissensgesellschaft und Innovation in Ägypten ist von entscheidender Bedeutung zur Unterstützung der sozio-ökonomischen Entwicklung, indem es zu Ausfuhrerlösen mit hohem Mehrwert beiträgt.

Das Abkommen über wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen der EU und Ägypten liefert einen nützlichen Zusammenhang für diese Priorität. Was noch wichtiger ist: Das 6. Forschungsentwicklungs- und Technologieprogramm (FTE), das den Zeitraum 2002-2006 abdeckt, ermöglicht die Beteiligung von Organisationen in Ägypten, der EU und anderen Mittelmeerpartnerländern an allen Instrumenten, die eine breite Palette von Aktivitäten unterstützen, wohingegen ihre Beteiligung in der Vergangenheit auf spezifische Aktivitäten begrenzt war.

Aufgrund der vielen EG-Programme, die bereits für Ägypten geöffnet wurden, besteht zwingender Bedarf an einem kohärenten und integrierten strategischen Ansatz für die Entwicklung der ägyptischen Beteiligung im Bereich der Forschung und Innovation. Die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und die Beschäftigung, die sie bieten können, hängen in großem Maße von der FTE ab. Die FTE ist ebenfalls von entscheidender Bedeutung für die Unterstützung anderer Politiken wie beispielsweise Verbraucherschutz.

b) Spezifische Ziele

- Erhöhte Beteiligung ägyptischer Forscher an europäischen Forschungs- und Entwicklungsprojekten.
- Aufnahme von Hochschulabsolventen in den Bereichen Wissenschaft und Technik, womit ein spezifisches Gebiet mit hoher Arbeitslosigkeit angegangen wird.
- Verbesserung von Ägyptens Image im Ausland als ein wettbewerbsfähiges Produktionszentrum für Spitzentechnologieprodukte.

c) Beschreibung des Programms

Die Unterstützung muss in Form von technischer Hilfe, einschließlich Partnerschaftsaktivitäten, und finanzieller Hilfe in den folgenden Bereichen erfolgen:

- Entwicklung eines strukturierten nationalen Zentrums, das als Kontaktstelle fungiert und für die Verbreitung von Informationen zu Gemeinschaftsaktivitäten und -projekten, die im

Bereich Forschung und Entwicklung geöffnet werden, verantwortlich ist. Das Zentrum wäre dafür verantwortlich, der ägyptischen Wissenschaftsgemeinschaft Informationen zu liefern.

- Schaffung eines angemessenen Bewusstseins und Bereitstellung von Leitlinien für potenzielle Teilnehmer durch ein Netzwerk von Help-Desks, das eingerichtet werden könnte, um zur Förderung der Beteiligung ägyptischer Industrie- und Technologiezentren am 6. FTE beizutragen.
- Schulung von wissenschaftspolitischen Entscheidungsträgern und Forschungsadministratoren zur Verwaltung internationaler Verträge im Forschungsbereich.
- Förderung der Bewegung von ägyptischen Forschern in die Forschungsorganisationen der Mitgliedstaaten durch die Teilnahme an den Marie-Curie-Maßnahmen, die im 6. FTE-Rahmenprogramm zu Mobilität, Ausbildung, Wissenstransfer und Anerkennung von Spitzenleistungen vorgesehen sind. Die Wiedereingliederung dieser Forscher in ihr Heimatland wird in den zugewiesenen Stipendien enthalten sein, um die Forscher zu ermutigen, den Zeitraum ihres Aufenthalts in Europa zu planen und somit die Forschungskapazität ihres Heimatlandes aufzubauen.
- Ermittlung spezifischer Downstream-Bedürfnisse zusammen mit der ägyptischen Regierung, um die Innovation im Privatsektor zu unterstützen, die darauf abzielt, umfassender vom 6. FTE und dessen Nachfolger zu profitieren. Die Ermittlung der Bedürfnisse muss zuerst auf praktischen gezogenen Lehren durch die tatsächliche Beteiligung am 6. FTE und an technologiebezogenen Aktivitäten des Industriemodernisierungsprogramms (IMP) aufbauen.

Als erster Schritt ist vorgesehen, Lücken abzudecken wie beispielsweise die Finanzierung zielgerichteter Partnerschaftsaktivitäten zwischen europäische Spitzentechnologieunternehmen und ägyptischen KMU im verarbeitenden Gewerbe durch die Einbeziehung finanzieller Unterstützung für:

- Ausbildungskosten für das Verständnis/die Verwendung von Technologie und ausgereiften Instrumenten, die in den tatsächlichen (oder vorgesehenen) Produktionsverfahren des Unternehmens in Ägypten verwendet werden.
- Teilweise Abdeckung der Kosten der Gehälter für junge Hochschulabsolventen, die für einen befristeten Zeitraum von dem Unternehmen beschäftigt werden.
- Erteilung von Genehmigungen, spezifische Marketinginitiativen und Missionen für EU-Länder, einschließlich der Teilnahme an relevanten Handelsmessen.
- Unterstützung für eine nationale Initiative zur Anziehung von hoch qualifiziertem wissenschaftlichem Personal zurück nach Ägypten könnte ins Auge gefasst werden.
- Unterstützung des Roll-Out von Breitbandinfrastruktur zwischen Universitäten und Forschungszentren, möglicherweise durch Ergänzung des transeuropäischen Netzwerks.

d) Erwartete Ergebnisse

- Erhöhte Beteiligung ägyptischer Forscher und Labors am 6. FTE-Programm sowie an anderen europäischen Programmen im Forschungsbereich.
- Erhöhte Beteiligung an den Marie-Curie-Maßnahmen zur Mobilität von Forschern.
- Verstärkung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit europäischen Ländern.

e) Indikatoren für die Leistungsfähigkeit

- Anzahl ägyptischer Forscher und Labors im 6. FTE-Programm.
- Anzahl von Projekten, die im Rahmen anderer europäischer Programme im Forschungsbereich vorgestellt werden.

f) Veranschlagtes Budget

11 Mio. €.

2.3 Zusammenarbeit im Bereich Hochschulbildung: TEMPUS IV-Programm

a) Hintergrund und Begründung

In Anerkennung der wichtigen Rolle der Hochschulbildung bei der Entwicklung von Humanressourcen und Berufsqualifikationen und des Austauschs bei der Förderung des Verständnisses zwischen Kulturen besteht ein Bedarf an einer engeren Zusammenarbeit zwischen der EU und Ägypten im Bereich der Hochschulbildung. Darüber hinaus ist die Entwicklung von Ausbildung, die zu Qualifikationen führt, im Zusammenhang der Wirtschaftsreformen notwendig, um zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der industriellen Sektoren beizutragen. Angesichts des Erfolgs des TEMPUS-Programms bei der vorherigen Programmierung wird vorgeschlagen, das Programm auszuweiten.

b) Spezifische Ziele

Die Ausweitung des TEMPUS-Programms zielt ab auf die Stärkung und Vertiefung der gesamten Beziehungsstruktur zwischen in Betracht kommenden Ländern durch seine Betonung der Zusammenarbeit in der Hochschulbildung. Dies wird bedeutend zum Erreichen der sozialen und kulturellen Ziele des Barcelona-Prozesses beitragen und wird das ägyptische Hochschulsystem sowie die Lehrkräfte und Studenten bei der Mobilität der Hochschulbildung unterstützen.

c) Programmbeschreibung

Die Ausweitung von TEMPUS wird den Zugang Ägyptens zum Tempus IV-Programm erlauben. Dies deckt die Beteiligung an gemeinsamen europäischen Projekten ab (gemeinsame Bildungs- und Ausbildungsmaßnahmen; Maßnahmen für die Reform und Entwicklung der Hochschulbildung; die Förderung der Zusammenarbeit zwischen Universitäten, Industrie und Institutionen; Mobilität von Hochschullehrkräften und Studenten).

Lehrkräfte, Forscher, Ausbilder, Universitätsadministratoren, leitende Ministerialbeamte, Bildungsplaner und andere Experten können Stipendien nutzen, um Besuche zu finanzieren, die die Qualität, Entwicklung und Umstrukturierung der Hochschulbildung und -ausbildung fördern. Spezifische Ungleichgewichte, die Studentinnen und Lehrerinnen betreffen, werden auch behandelt werden.

d) Erwartete Ergebnisse

- Fortsetzung der Unterstützung für die Reform und Entwicklung von Hochschulbildungsstrukturen und -einrichtungen sowie deren Verwaltung.
- Entwicklung von Ausbildung, die zu Qualifikationen führt, die im Zusammenhang der Wirtschaftsreform notwendig sind.
- Verbesserung der Beziehungen zwischen dem Hochschulbildungssystem und der Industrie.
- Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den akademischen Gemeinschaften der EU und Ägyptens und zwischen dem Hochschulbildungssektor und der übrigen Welt.
- Die gemeinsame Entwicklung gemeinsamer Lehrpläne und Qualifikationen in vorrangigen Bereichen.
- Besserer Zugang zu Forschungsprogrammen und Mobilität für Frauen.

e) Indikatoren für die Leistungsfähigkeit

- Teilnahme von Ägyptern, insbesondere von Frauen, in Tempus.
- Anwendung von Fertigkeiten und Integration in das Schulsystem oder in die Industrie bei der Rückkehr (Weiterführung von Begünstigten von EU-Programmen).

f) Veranschlagtes Budget

12 Mio. €.

3. PRIORITÄT III - UNTERSTÜTZUNG DER NACHHALTIGEN SOZIO-ÖKONOMISCHEN ENTWICKLUNG

3.1 Unterstützung für Sozialreformen

a) Zusammenhang und Begründung

Trotz erfolgreicher Wirtschaftsreformen in Ägypten ist die Armut in städtischen Gebieten immer noch weit verbreitet und in ländlichen Gebieten besonders schlimm. In den letzten Jahren hat sich das Armutsmuster von einer Kluft zwischen städtischen und ländlichen Gebieten zu einer regionalen Divergenz zwischen Unter- und Oberägypten geändert, obwohl Armutsinseln in anderen Regionen immer noch vorhanden sind.

Beim Angehen dieses Themas leiteten die verschiedenen Geber einen Konsultationsprozess mit der ägyptischen Regierung ein, der schließlich zum Entwurf des nationalen Aktionsplans zur Reduzierung der Armut (PRAP) führte. Doch trotz der Kenntnis der Regierung, dass die Armutsverminderung eine Voraussetzung für das Erreichen einer nachhaltigen menschlichen Entwicklung in Ägypten ist, und obwohl Armutsverminderung schon seit einigen Jahren auf der Tagesordnung der ägyptischen Regierung steht; wurde der PRAP bis jetzt noch nicht bestätigt.

In der Vergangenheit hat die EG beim Versuch, die Armutssituation in Ägypten anzugehen, beträchtliche Unterstützung durch den Sozialfonds für Entwicklung zugewiesen. Im Jahr 2003 wird sich die EG-Unterstützung mit dem Programm zur sozialen Entwicklung und zur Zivilgesellschaft (20 Mio. €) auf den sozialen Schutz der wirtschaftlich schwächsten und der sozial am stärksten marginalisierten Gruppen in der ägyptischen Gesellschaft wie beispielsweise die gefährdeten Kinder konzentrieren und wird die Möglichkeit des Nichtregierungssektors, effektiv zur sozialen Entwicklung beizutragen, verstärken.

b) Spezifische Ziele

- Formulierung umfassender Politiken im Bereich soziale Entwicklung, die auf die Entwicklung der Gesellschaft und die Sicherstellung der Bereitstellung von Qualitätsdienstleistungen zur Förderung und Verbesserung der Lebensqualität von Familien und Einzelpersonen abzielen.
- Verbesserung der Lebensstandards der Bürger, insbesondere in den geografischen Gebieten mit hohen Armutskonzentrationen, durch nachhaltige soziale Entwicklung.
- Sicherstellung von Sozialschutz für die schwachen Personen in der Bevölkerung (Personen, die unterhalb der Armutsgrenze leben, und die Fast-Armen) und für arme Frauen

c) Beschreibung des Programms

Angesichts der strukturellen Natur der Armut in Ägypten muss die neue EG-Unterstützung in diesem Bereich idealerweise Regierungsreformen innerhalb einer umfassenderen nationalen Strategie, die auf die Reduzierung der Armut in Ägypten abzielt, unterstützen. Der PRAP verfügt über das Potenzial, zu einem solchen Rahmen zu werden, und die EG könnte eine Rolle bei der Umsetzung und dem allgemeinen Follow-up dieses Aktionsplans spielen. Darüber hinaus könnte die EG Unterstützung für spezifische Reformen, die für den längerfristigen Erfolg Ägyptens bei der Armutsbekämpfung von entscheidender Bedeutung sind, und für die Entwicklung innovativer und effektiver Strategien für soziale Entwicklung bereitstellen.

Vorbereitende Arbeiten in Bezug auf den PRAP deuten darauf hin, dass eine verantwortungsvolle Staatsführung und eine Dezentralisierung, einschließlich der Stärkung wirklich partizipatorischer Methoden, Schlüssel für erfolgreiche Strukturreformen sein könnten. Neben dem öffentlichen Sektor sind Organisationen der Zivilgesellschaft wichtige Vertreter für die soziale und politische Entwicklung.

Angesichts der starken Konzentration der Armut in Oberägypten könnte der Beitrag der EG zur nationalen Strategie zur Reduzierung der Armut gegebenenfalls Anreize für die Unterstützung der Bemühungen der Regierung zu Oberägypten enthalten. Im Zusammenhang mit solchen Reformen könnte die Entwicklung einer regionalen Dimension, die auf spezifischen Sektoren basiert, eine Möglichkeit zur Demonstration potenzieller Auswirkungen darstellen. Vorrangige Bereiche werden mit den ägyptischen Behörden identifiziert werden müssen. Die Reform der Sozialschutzsysteme und die Dezentralisierung der Entscheidungsfindung sowie die Erbringung von Finanzdienstleistungen für die Armen könnten von Interesse in einer umfassenden nationalen Strategie zur Reduzierung der Armut sein.

d) Erwartete Ergebnisse

- Unterstützung für die Schaffung und Umsetzung einer umfassenden Strategie für soziale Entwicklung/Reduzierung der Armut.
- Schaffung eines umfassenden, langfristigen Rahmens zur Reduzierung der Armut.
- Verfügbarkeit gut gezielter Unterstützungsinstrumente, um unterschiedliche Bedürfnisse der Armen und Fast-Armen anzugehen.
- Verfügbarkeit von qualitativ hochwertigen Dienstleistungen und sozialer Schutz für die Schwächsten.

e) Indikatoren für die Leistungsfähigkeit

- Angemessene Personalausstattung und Ausrüstung von Agenturen, die am Entwurf und der Umsetzung der Strategie zur Reduzierung der Armut beteiligt sind.
- Anzahl von Personen (differenziert nach Gender), die von Mechanismen zur Reduzierung der Armut abgedeckt werden, insbesondere in Gebieten mit hoher Armut.
- Verbesserungen sozialer Indikatoren (disaggregiert nach Geschlecht) in ländlichen Gebieten im Vergleich zu den Indikatoren in den städtischen Gebieten.
- Anzahl geschaffener Arbeitsplätze (disaggregiert nach Geschlecht), insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen.
- Abdeckung durch Dienstleistungen, Leistungsfähigkeit der Versorgung

f) Veranschlagtes Budget

15 Mio. €.

3.2 Reform des Gesundheitssektors

a) Zusammenhang und Begründung

Das EG-finanzierte Programm zur Reform des Gesundheitssektors (Health Sector Reform Programme - HSRP - 110 Mio. €) wird im Juni 2005 enden. Angenommen, die ägyptische Regierung verfolgt ihre Reform des Gesundheitssektors weiter, so wird die EG eine zweite Phase ihrer Unterstützung in Betracht ziehen, um diese Sektorreformen sicherzustellen, da sie für die Reduzierung der Armut und die Verbesserung des Sozialschutzes von großer Bedeutung sind. Der Kern der gegenwärtigen Reform ist die Umsetzung des "Familiengesundheitsmodells", das aus Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität und Abdeckung durch ein umfangreiches Grundpaket an Pflege besteht. Das Konzept der Regierung wird von mehreren großen Gebern (einschließlich der Weltbank, ADB und USAID) unterstützt und wird in mehreren Pilot-Governoraten umgesetzt.

b) Spezifische Ziele

Dieses Programm zielt auf die Ermöglichung der institutionellen Stärkung der Verbesserung der Rechtsvorschriften auf zentraler, Governorats- und Bezirksebene ab, um umfassende und integrierte Bezirks- und Governorats-Gesundheitspläne zu unterstützen.

c) Beschreibung des Programms

Das geplante HSRP-II könnte in Form einer Sektor-Anpassungsfazität erfolgen, die Unterstützung für eine Reihe gesetzlicher und institutioneller Reformen, die mit den ägyptischen Behörden auszuhandeln sind, bereitstellt. Fortschritte in Bezug auf die Reform der öffentlichen Verwaltung und die Modernisierung der Haushaltsführung - die beide eine Schlüsselbedeutung für den Erfolg der Reform des Gesundheitssektors haben - müssen beim Entwurf des Programms ebenfalls berücksichtigt werden.

Technische Hilfe und regelmäßige Überwachung der technischen Leistungsfähigkeit des Programms und der Verwaltung der öffentlichen Ausgaben im Sektor müssen die Regierung bei der Ausweitung der Abdeckung und bei der Sicherstellung der Nachhaltigkeit der Reform unterstützen.

d) Erwartete Ergebnisse

- Ausweitung des Familiengesundheitsmodells über die derzeit abgedeckten geografischen Bereiche hinaus.
- Anforderungen in Bezug auf die Entwicklung der Humanressourcen, die mit einer erhöhten Abdeckung durch das Familiengesundheitsmodell einhergehen.
- Regelmäßige Überprüfung und Anpassung des Grundpakets an Leistungen, das durch das Familiengesundheitsmodell bereitgestellt wird, wenn die epidemiologischen, technischen und wirtschaftlichen Entwicklungen dies erfordern oder wenn eine verstärkte Finanzierung es erlaubt, zusätzliche grundlegende Dienstleistungen aufzunehmen.
- Weiterentwicklung der Finanzierung der Gesundheitsversorgung, die eine nachhaltige Erhöhung der Abdeckung erlaubt, während ein gerechter Zugang zum Grundpaket an Leistungen sichergestellt wird.

f) Indikatoren für die Leistungsfähigkeit

- Anteil der Bevölkerung mit effektivem Zugang zur Behandlung für ausgewählte Indikatorkrankheiten innerhalb des Grundpakets an Leistungen.
- Erhöhung des Anteils der Armen (insbesondere von Frauen) mit Zugang zu effektiver Abdeckung für die Prävention und Pflege ausgewählter Gesundheitsbedingungen.

e) Bedingungen

Die Kommission wird, nach Rücksprache mit den ägyptischen Behörden, den angegebenen Betrag anderen Programmen neu zuteilen, falls ein bedeutendes Reformpaket im Gesundheitssektor nicht rechtzeitig für eine Unterstützung zur Verfügung steht.

g) Veranschlagtes Budget

80 Mio. €.

3.3 Demokratisierung, Menschenrechte, Zivilgesellschaft, verantwortungsvolle Staatsführung.

a) Zusammenhang und Begründung

Seit der Annahme der Barcelona-Erklärung im Jahr 1995 ist die Schlüsselrolle von Zivilgesellschaft, Demokratisierung, Menschenrechten und verantwortungsvoller Staatsführung zunehmend anerkannt im Prozess der Wandlung des Mittelmeerbeckens zu einem Gebiet des Friedens und Wohlstands und in Bezug auf die Möglichkeit für die Menschen, an den Vorteilen des politischen und wirtschaftlichen Wachstums beteiligt zu werden.

Die neue Nachbarschaftspolitik, die kürzlich von der Kommission entworfen wurde, stellt den Rahmen für den Aufbau der Politik der EU auf dem Assoziierungsabkommen auf und stellt die Bedeutung des Dialogs zu Menschenrechten als Teil des politischen Dialogs mit den Mittelmeer-Partnern heraus.

Es ist bekannt, dass die wirtschaftliche Entwicklung nicht florieren ohne die vollständige Beteiligung seiner Bürger am politischen und wirtschaftlichen Leben und Praktiken einer verantwortungsvollen Staatsführung kann, die ein ausgeglichenes Spielfeld für alle

Wirtschaftsbeteiligten erlauben und die persönlichen wirtschaftlichen und politischen Rechte jedes Menschen schützen.

b) Spezifische Ziele

- Sensibilisierung von staatlichen Verfolgungsbehörden, Medien und Meinungsmachern für demokratische Grundsätze und Menschenrechte.
- Förderung der Meinungs-, Überzeugungs-, und Vereinsfreiheit.
- Erhöhung der Qualität der Medien, um nach internationalen Normen zu arbeiten.
- Stärkung der Rechte von Frauen und der Beteiligung von Frauen am politischen, gesellschaftlichen, administrativen und wirtschaftlichen Leben, sowie auch in der Justiz.
- Stärkung des wirksamen Schutzes der Rechte von Kindern und Jugendlichen, gemäß den internationalen Abkommen in diesem Bereich.
- Stärkung der Kapazität der Zivilgesellschaft und Erleichterung des Dialogs unter allen beteiligten Akteuren.

c) Beschreibung des Programms

Das Programm muss Aktivitäten auf drei Ebenen entwickeln: auf der institutionellen Ebene, auf Ebene der nationalen Zentren und des nationalen Rats und auf Ebene der Akteure der Zivilgesellschaft selbst.

Das Programm muss auf der Erfahrung anderer Geber, insbesondere des UNDP, basieren und alle Möglichkeiten zur Koordinierung von Aktivitäten untersuchen.

Das Programm sieht eine dezentralisierte, flexible Beihilfenfinanzierung sowie gegebenenfalls technische Hilfe und Aktivitäten zur Partnerschaftsunterstützung, auf der Basis einer gegenseitigen Übereinkunft mit der ägyptischen Regierung, für die Behörden vor. Die EG ist bereit, die nationalen Bemühungen um Maßnahmen, die auf die Verstärkung der Staatsführung im weiten Sinne, basierend auf einer gegenseitigen Übereinkunft mit der ägyptischen Regierung, abzielen, zu unterstützen und auf diesen aufzubauen. Die Unterstützung könnte sich auf Maßnahmen in den folgenden Bereichen konzentrieren:

- Im Bereich der Menschenrechte und Zivilgesellschaft Unterstützung des nationalen Rats für Menschenrechte. Die EG hofft auf eine effektive und erfolgreiche Rolle des Zentrums durch eine Verstärkung der Sensibilisierung der Öffentlichkeit und des Schutzes der Menschenrechte, die Unterstützung der Formulierung eines nationalen Aktionsplans und die Schaffung der Kapazität zum Eingang und Follow-up von Beschwerden.
- Die EG würde Maßnahmen zur Förderung der Vereinigungsfreiheit unterstützen, die beispielsweise darauf abzielen, den Kapazitätsaufbau von NRO zu erhöhen, ein Vernetzungssystem von NRO zu entwickeln, den Dialog mit den Institutionen zu fördern, die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Rolle der Zivilgesellschaft und für ihre eigenen Rechte als Bürger zu erhöhen und gemeinschaftsbasierte Organisationen zu beteiligen, die in entlegeneren Gebieten des Landes tätig sind, um für Menschenrechte und Demokratisierungsfragen zu sensibilisieren.
- Bezüglich des Schutzes der Rechte von Kindern und Jugendlichen: Schutz von Kindern gegen Gewalt (beispielsweise familiäre Gewalt und zerrüttete Familienverhältnisse), Bewusstsein für die Rechte von Kindern und Jugendlichen in der Gesellschaft (Schule, Lebensbedingungen im Allgemeinen), Schaffung eines Jugendgerichtshofs und Jugendrichtern, sowie eines Bürgerbeauftragten für die Rechte der Kinder.

- Stärkung der Rechte von Frauen und der Beteiligung von Frauen am politischen, gesellschaftlichen, administrativen und wirtschaftlichen Leben, einschliesslich der Justiz: Bewusstsein für Bürgerrechte, um Frauen dabei zu unterstützen, wirtschaftlich und gesetzlich unabhängig zu werden.
- Unterstützung für die Rechtsstaatlichkeit und die Verwaltung der Justiz (z. B. durch Zusammenarbeit bei der Vorbereitung von Gesetzen, Beschleunigung der Mechanismen, Verbesserung des Zugangs aller Bürger zur Justiz, Unterstützung der Familien-, und Jugendgerichte, Bereitstellung von Ausbildung für Richter, Vollzugsbeamte).
- Andere Maßnahmen zur Durchsetzung der Gesetzgebung im Bereich der Demokratisierung und Menschenrechte könnten im Rahmen des Programms zur Unterstützung des Assoziierungsabkommens ebenfalls berücksichtigt werden.

Darüber hinaus sollte, für eine ganze Reihe von Sektoren, die Bereitschaft der EG, laufende nationale Bemühungen in Bereichen der verantwortungsvollen Staatsführung, der Demokratisierung und des strategischen Dialogs mit der Zivilgesellschaft sowie die Beachtung und fortlaufende Förderung von Geschlechterfragen während des Prozesses der Identifikation, Bewertung und Umsetzung der verschiedenen Projekte/Programme berücksichtigt werden. Die EG-Zusammenarbeit muss immer auf diesen Grundsätzen aufbauen.

d) Erwartete Ergebnisse

- Verbesserte verfügbare und einsatzfähige Mechanismen zum Schutz der Menschenrechte, einschliesslich der Rechte von Frauen.
- Effektivere Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Förderung der sozialen Entwicklung.
- Verbesserung des Bewusstseins in den Bereichen verantwortungsvolle Staatsführung und Menschenrechte in der öffentlichen Meinung.
- Beteiligung an demokratischen Praktiken.

e) Indikatoren für die Leistungsfähigkeit

- Anzahl von weiblichen Vertretern in lokalen und nationalen Parlamenten; Anzahl von Unternehmerinnen und weiblichen Vertretern in Berufsverbänden/-kammern, Anzahl von Frauen in höchsten administrativen Posten, einschliesslich der Justiz
- Schaffung von Mechanismen und entsprechender nationaler Gesetzgebung zum Schutz der Menschenrechte.
- Anzahl der Beschwerden von Bürgern beim nationalen Rat für Menschenrechte.
- Erhöhung des Zugangs von Bürgern zur Justiz.
- Schaffung von Mechanismen gesetzlicher Hilfe zur Erleichterung des Zugangs zur Justiz.
- Mechanismen zur Beteiligung der Zivilgesellschaft.

f) Veranschlagtes Budget

5 Mio. €.

4. QUERSCHNITTSTHEMEN

Wie bei früheren Programmierungen wird die Reduzierung der Geschlechterunterschiede in allen EG-finanzierten Programmen angegangen werden müssen, mit besonderer Aufmerksamkeit auf Frauenrechte, ihrespeziellen Bedürfnissen, um ihre Rolle im wirtschaftlichen Leben zu stärken und von entsprechender sozialer Unterstützung zu profitieren. Beim Entwurf der Projekte muss auch der Umweltschutz berücksichtigt werden.

Budget und Phasen des Programms

STRATEGISCH:PRIORITÄTEN/ PROGRAMM	VERANSC HLAG- TER BETRAG	VERPFLICHTUNGEN		% BUDGET
		2005	2006	
Priorität 1: Förderung des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Ägypten/Unterstützung bei der Vorbereitung der Nachbarschaftspolitik: <ul style="list-style-type: none"> • Unterstützung für das Assoziierungsabkommen. • Unterstützung für die Sektor-Reformfazilität 	40 Mio. €	25 Mio. €	15 Mio. €	17%
Priorität 2: Unterstützung für den Prozess des wirtschaftlichen Übergangs <ul style="list-style-type: none"> • Unterstützung für die Reform des Wassersektors² • Unterstützung für Forschung und Innovation • Ausweitung von TEMPUS 	103 Mio. €	6 Mio. €	80 Mio. € ³ 11 Mio. € 6 Mio. €	42%
Priorität 3: Unterstützung der nachhaltigen sozio-ökonomischen Entwicklung <ul style="list-style-type: none"> • Unterstützung des sozialen Sektors • Unterstützung des Gesundheitssektors⁴ • Stärkung von Demokratie und Menschenrechten/Regierung 	100 Mio. €	80 Mio. € 5 Mio. €	15 Mio. €	41%
GESAMT	243 Mio. €	116 Mio. €	127 Mio. €	100%

² Eine endgültige Entscheidung zu diesem Programm wird in einer späteren Phase auf der Grundlage der Reformen getroffen, die in diesem Bereich von den Behörden vorgeschlagen werden. Im Falle einer negativen Entscheidung wird der angegebene Betrag, nach Rücksprache mit den ägyptischen Behörden, anderen Programmen neu zugeteilt

³ Einschließlich eines möglichen Betrags von rund 10 Mio. € an Zinsvergünstigungen auf EIB-Darlehen, vorausgesetzt eine Reformkomponente des Programms ist erfolgreich.

⁴ Wie Fußnote 2.

Wirtschaftliche Situation

Egypt - Selected Economic Indicators, 1997-2002

	1996/97	1997/98	1998/99	1999/00	2000/01	2001/02	2002/03 prel.
Real GDP growth (in %)	5,30	5,70	6,30	5,10	3,50	2,00	2,50
Unemployment rate (ILO definition)	8,40	8,20	8,10	9,00	9,20	9,00	9,90
CPI inflation (average, in %)	6,20	4,70	3,80	2,83	2,37	2,50	3,20
Broad money (end of year; % change)	---	---	11,50	8,80	11,60	15,60	16,70
Consolidated government balance (% of GDP)	---	---	-0,62	-1,75	-2,65	-3,50	-3,30
Current account balance (% of GDP)	0,20	-2,90	-1,90	-1,20	-0,04	0,70	2,40
Official net international reserves (end of year)							
In millions of US dollars				17.711	15.399	14.964	16.474
In months of imports of G&NFS	---	10,80	9,80	7,70	7,60	8,30	8,10
Public external debt (% of GDP) (end of year)	36,70	---	---	28,30	28,50	33,70	42,40
Debt service (in % of exports of GNFS)	8,20	8,50	7,20	8,00	7,40	9,50	10,50
Exchange rate (Egyptian pound/EUR) (end of year)	---	---	3,56	3,34	3,32	4,40	6,95
Real effective exchange rate (1994/95=100)	114,87	124,70	126,96	134,19	123,10	104,60	---
GDP per capita, in USD	1.100	1.200	1.280	1.380	1.490	1.384	1.276

Source : National sources, WB, IMF.

Zusammenarbeit der EG und der Mitgliedstaaten mit Ägypten - Geplante Auszahlungen für 2003 (tausend €)

Sektoren	OECD-Code	EG	EIB	A	BEL	DK	FI	FR	GER	GR	I R	IT	NL	P SP	S	UK	Gesamt
Bildung	110	20 900						4 250				0			579	2 933	28662
Gesundheit	120	36 870			35	781	250					5 206	900				44 042
Bevölkerungspolitik/Fortschreitende & Fortpflanzungsgesundheit	130	1 100											100				1 200
Wasserversorgung & Sanitäreinrichtungen	140		20 000			1 455	1 592	7 150				4 798	1 200				36 196
Regierung & Zivilgesellschaft	150				88	613	359	175					300			220	1 755
Sonstige soziale Infrastruktur und Dienstleistungen	160	2 545					500					46			110		3 201
Transport & Lagerung	210		30 000					17 810						245	55		48 110
Fernmeldewesen	220											4 549					4 550
Bank- & Finanzdienstleistungen	240		3 000									3 145	350			27	6 522
Geschäfts-/Privatsektor	250	46 450	15 000			1 984						12 000					75 434
Energie	230		70 000			7 566		4 390							79		82 035
Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei	311, 312, 313	5 100					276	1 000				7 547	4 300	300			18 523
Industrie, Bergbau & Bauwesen	321, 322, 323											6 583					6 583
Handel & Tourismus	331, 332	20 600										3 031					23 631
Umweltschutz	410	1 160	5 000			5 216		6 940				10 336	2 600	87.5	139	3 212	34 691
Geschlecht	420					148						1 793	830		17		2 788
Sonstiger Multisektor	430											3 377				1 233	4 610
Warenhilfe	560											13 120					13 120
Budgetunterstützung / SAP	530																0
Nahrungsmittelhilfe	520											5 000					5 000
Entschuldung	600											38 558 *					0
Soforthilfe	700											0					0
Unterstützung für NRO	920								500	50	0	100				88	738
Sonstiges	998											987		127.5	55		1 170
Gesamt		134 725	143 000	88	17 017	3 508	41 965		500	50	81 518	10 680	0	1 339	455	7 713	442 560

*Diese Zahl repräsentiert den Gesamtbetrag, der im Jahr 2003 für individuelle Sektorprojekte durch den Schulden-Swap auszuzahlen ist. Dieser Betrag ist bereits in den Sektoren enthalten und daher ist die Zahl in dieser Zelle nicht im Gesamtbetrag enthalten.

Filename: egypte_nip05_06_de.doc
Directory: H:\30 - EUROMED
Template: C:\Documents and Settings\kinesh\Application
Data\Microsoft\Templates\Normal.dot
Title: PARTNERSCHAFT EUROPA-MITTELMEER ÄGYPTEN
2005-2006
Subject: PARTNERSCHAFT EUROPA-MITTELMEER ÄGYPTEN
2005-2006
Author: European Commission
Keywords: PARTNERSCHAFT EUROPA-MITTELMEER ÄGYPTEN
2005-2006;
Comments:
Creation Date: 29/06/2004 10:08 AM
Change Number: 2
Last Saved On: 29/06/2004 10:08 AM
Last Saved By: kinsella
Total Editing Time: 3 Minutes
Last Printed On: 29/06/2004 10:48 AM
As of Last Complete Printing
Number of Pages: 29
Number of Words: 9.250 (approx.)
Number of Characters: 64.201 (approx.)